

Einen schönen guten Morgen,

vielen Dank, dass ich hier ein kurze Ansprache halten darf. Asyl ist Menschenrecht. Ein internationales Menschenrecht. Daran müssen wir nicht nur am Tag der Menschenrechte erinnern, sondern jeden Tag, in der Flüchtlingsunterstützungsarbeit vor Ort, in den alltäglichen Diskussionen und in der politischen Debatte. Was ist passiert seit der kurzzeitigen Öffnung der Grenzen im Herbst letzten Jahres? Was ist passiert seit Merkels Satz „Wir schaffen das“? Darf man in Anlehnung an unsere Bundeskanzlerin noch ein freundliches Gesicht gegenüber den 65 Millionen Flüchtlingen dieser Welt zeigen? Oder ist das nicht mehr unser Land?

Was ist also passiert?

- Seit dem Herbst 2015 haben wir in Deutschland und Europa eine „Flüchtlingskrise“. Wer hat eigentlich dieses Wort erfunden? Ist es eine Krise, gar eine Staatskrise, wenn man Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Elend ihr Leben retten wollen, das Recht zugesteht, Schutz zu suchen? Wenn man diesen Menschen das internationale Menschenrecht, einen Asylantrag zu stellen, zugesteht? Was zu Anfang Flüchtlingskrise genannt wurde, hat sich mittlerweile zu einer Art Identitätskrise ausgeweitet. Der größte politische Fehler von Angela Merkel. Was im Herbst 2015 passiert ist, darf sich nie wiederholen. Für diesen Satz gab es beim CDU-Parteitag letzte Woche in Essen tosenden Applaus.

- Was ist passiert seitdem? Wir haben fast eine Million Geflüchtete in Deutschland aufgenommen. Und dabei haben wir gesehen, dass wir das schaffen können. Alle diejenigen, die nicht nur rummosern und dagegen sind, also alle wohlmeinenden und tatkräftigen Menschen aus der Politik, aus den Behörden, den Ämtern, den Kommunen, den Wohlfahrtsverbänden und Kirchen und nicht zuletzt die vielen Sozialarbeiter/innen und die vielen ehrenamtlich Engagierten haben gezeigt, dass man Geflüchtete Menschen so gut wie möglich aufnehmen und gut mit ihnen umgehen kann.

- Was ist aber auch passiert seitdem? Die Bundesregierung hat ein Gesetzespaket nach dem anderen verabschiedet, mit dem die Rechte von Geflüchteten beschnitten werden. Die Regierung hat Länder zu sicheren Herkunftsländer erklärt, in denen Roma rassistisch diskriminiert werden und im Elend leben müssen, die Regierung hat ein Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz nach dem anderen verabschiedet. Sie hat den Familiennachzug für syrische Flüchtlinge ausgesetzt. Sie hat einen unanständigen Deal mit der Türkei gemacht. Und vieles mehr.

- Seit der sogenannten Flüchtlingskrise ist Flüchtlingspolitik wieder zuallererst Abschottungspolitik geworden. Mit allen Mitteln soll verhindert werden, dass Geflüchtete nach Europa und nach Deutschland kommen können. Dafür wird Frontex weiter aufgerüstet, dafür werden nicht nur mit der Türkei, sondern auch mit afrikanischen Despoten Verträge geschlossen. Dafür sollen sogenannte Auffangzentren und Transitzone außerhalb der Europäischen Union geschaffen werden. Die meisten unserer Politiker wollen Fluchtursachen bekämpfen. Das machen sie aber nur in Sonntagsreden. Von Montag bis Freitag bekämpfen sie Flüchtlinge.

- In zweiter Linie ist Flüchtlingspolitik wieder zur bloßen Aufenthaltsbeendigungspolitik geworden. Gegen alle diejenigen, die im Asylverfahren abgelehnt wurden, soll jetzt mit voller Härte vorgegangen werden. Unser Landesinnenminister Thomas Strobl möchte hier den Vorreiter machen, den schwarzen Sherriff. Auch heute wird er wieder in der Zeitung mit der Feststellung zitiert, dass in Deutschland 500.000 Menschen sind, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Und diese Menschen sollen „konsequent abgeschoben“ werden. „Konsequent abschieben“, etwas anderes kann Thomas Strobl nicht mehr sagen. Gemeint sind also nicht

nur die Roma vom Balkan, mit denen die Politik leichtes Spiel hatte, sondern gemeint sich alle, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Wir haben zur Zeit hohe Anerkennungszahlen, aber es werden auch viele Menschen abgelehnt. Zu denen gehören zum Beispiel auch Flüchtlinge aus Afghanistan. Wenn es nach dem Willen der Bundesregierung geht, wird es schon bald regelmäßige Abschiebeflieger nach Afghanistan geben. Dafür hat die EU ein Abkommen mit der Regierung von Afghanistan gemacht, die für die Bereitschaft, Abgeschobene zurückzunehmen, sehr viel Geld bekommt. Zynischer geht es kaum. Aber wohin nach Afghanistan soll man die Menschen abschieben? Auf diese Frage gibt es nur ausweichende Antworten. Am Donnerstag kam im Magazin Monitor ein sehr schöner Bericht. Im Selbstversuch haben Journalisten versucht, herauszufinden, wo man in Afghanistan sicher und ruhig leben kann. Ergebnis: Es gibt kein einziges Dorf in Afghanistan, in dem ein Mensch sicher sein könnte.

Etwas Wichtiges möchte ich an dieser Stelle noch sagen: Dass ein Flüchtling im Asylverfahren abgelehnt wird, bedeutet noch lange nicht, dass man ihn abschieben darf oder muss. Und ich kann hier nur daran appellieren, dass sich alle, die in der Flüchtlingsunterstützungsarbeit tätig sind, nicht nur um die Menschen kümmern, die anerkannt werden. Ich jedenfalls werde mich weiterhin weigern, mich wie ein Vaterlandsverräter zu fühlen, wenn ich mich für ein Bleiberecht auch von Menschen einsetze, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Diese Menschen haben auch Rechte. Und möglicherweise können sie ein Aufenthaltsrecht in Deutschland über einen Härtefallantrag oder eine Bleiberechtsregelung erhalten.

- Was ist passiert seit der sogenannten Flüchtlingskrise? Das politische Klima in unserem Land wurde vergiftet. Kein Tag vergeht, ohne dass irgendwo ein Anschlag auf ein Flüchtlingsheim, auf Flüchtlinge oder ihre Unterstützer geschieht. Pegida, AfD und Co. haben es geschafft, die Flüchtlinge zum Sündenbock für ihre Unzufriedenheit zu machen. Sie haben gemerkt, dass man mit flüchtlingsfeindlichen Parolen, mit Rassismus und Hass Stimmung machen kann und Stimmen fangen kann. Nichts weniger als der Untergang des Abendlands wird heraufbeschworen. Und hierfür braucht man anscheinend keine Argumente. So wurde das Wort „postfaktisch“ zum Wort des Jahres 2015. Ich finde es wichtig, auch in der Flüchtlingsarbeit, dass wir natürlich auch die Flüchtlinge darauf hinweisen, was Recht und Gesetz ist, dass sich natürlich auch die Flüchtlinge an unsere Gesetze halten müssen. Das ist Teil einer guten Integrationsarbeit. Was aber aufhören muss ist, dass eine Pogromstimmung erzeugt werden kann, wenn ein Flüchtling eine Straftat begeht, während z.B. über tausende Fälle von häuslicher Gewalt überhaupt nicht gesprochen wird. Es muss damit aufgehört werden, in der Diskussion über Flüchtlinge weiterhin mit zweierlei Maß zu messen.

Unsere Aufgabe wird lauten: Wie können wir es schaffen, gegen diese Stimmung anzugehen? Wie können wir Hass und Rassismus die Stirn bieten? Wie können wir verhindern, dass die Politik den Rassisten auf den Leim geht und ihre Forderungen erfüllt? Es ist leider wieder wie in den 90er Jahren: Mit Politik gegen Flüchtlinge kann man Wahlen gewinnen. Im nächsten Jahr ist Bundestagswahl. Meine persönlicher Appell zum Schluss: Alle, die sich für Menschenrechte einsetzen, müssen wieder das Kämpfen lernen! Lassen wir es nicht zu, dass sich der Rassismus und eine Anti-Flüchtlingspolitik durchsetzen!